

# Antrag

**Initiator\*innen:** SPD-Ortsverein Freiberg

**Titel:** SPD–Zukunftsmission für den ländlichen Raum

## Votum der Antragskommission

Konsens

## Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-  
2 Landtagsfraktion und den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

3 Wichtige Weichenstellungen sind in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts zu  
4 treffen. Auf einer Parteivorstandsklausur in Berlin hat die SPD ihre  
5 Zukunftsmissionen für ein soziales, digitales und klimaneutrales Deutschland  
6 vorgestellt. Es ist notwendig nicht mehr in Ressorts und Verantwortlichkeiten zu  
7 denken, sondern Fragen von allen Seiten zu beleuchten. Klimaneutral, sozial und  
8 digital lässt sich Deutschland nur mit dem ländlichen Raum, seinen Kleinstädten  
9 und Dörfern, und seinen Menschen gestalten. Deren Lebenswirklichkeit  
10 unterscheidet sich von denen in urbanen Zentren. Nur mit gleichwertiger  
11 Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse erreichen wir die Zustimmung für unsere  
12 Politik, die notwendig ist, um tatsächlich gestalten zu können.

13 Wir fordern eine Zukunftsmission für den ländlichen Raum. Bei allen politischen  
14 Entscheidungen sind Auswirkungen auf Landkreise und kreisangehörige Kommunen  
15 unter 100.000 Einwohnern zu berücksichtigen. Wir wollen eine Gesellschaft, die  
16 mutig in die Zukunft schaut, Menschen, die Chancen bekommen sich zu  
17 verwirklichen und sich deshalb aktiv und motiviert für eine demokratische und  
18 vielfältige Gesellschaft engagieren. Menschen, die von sozialdemokratischer  
19 Politik profitieren, wissen, dass sich gesellschaftliches Engagement lohnt. Der

20 ländliche Raum muss wieder eine Basis sozialdemokratischer Politik werden.

21 Die Zukunftsmission für den ländlichen Raum umfasst Maßnahmen, die die Menschen  
22 ihre eigene Wichtigkeit und ihren Wert in der Politik erkennen lässt, sie mit  
23 der Politik versöhnt und das Vertrauen in demokratische Strukturen, ihre  
24 Institutionen und Verantwortungsträger festigt.

## 25 **Öffentliche Daseinsvorsorge als soziale Frage**

26 Wir erreichen Menschen mit unserer Politik, wenn wir uns die sozialen Fragen  
27 hinter ihren kommunizierten Problemen und dem Unmut stellen.

28 Das Gesundheitswesen wird in der Fläche ausgedünnt, Krankenhäuser verschwinden,  
29 Verwaltungseinheiten werden aus Kostengründen vergrößert und verlieren den Bezug  
30 zu den Menschen, ÖPNV und digitale Infrastruktur richten sich nach  
31 wirtschaftlichen Aspekten und werden deshalb auf dem Land vernachlässigt. „Soft  
32 Skills“, die ein Leben im ländlichen Raum gut machen, verschwinden oder werden  
33 nicht erneuert. Menschen ziehen weg und Absatzmärkte verschwinden, woraufhin  
34 noch weniger Investitionen getätigt werden.

35 Die öffentliche Daseinsvorsorge muss im ländlichen Raum staatliche und kommunale  
36 Aufgabe sein. Kommunale Unternehmen wirtschaften gemeinschaftsorientierter und  
37 sind am Wohl der Einwohner im Zweifel stärker interessiert als private  
38 Unternehmen. Wir als SPD setzen uns dafür ein, dass der Bund und die Länder in  
39 finanzielle und personelle Vorleistung gehen, wenn es um klimaneutrale, digitale  
40 und soziale Politik geht. Erst ein Ausbau von Infrastrukturen kann für den Zuzug  
41 und das Wohlempfinden sorgen, sich gesellschaftlich zu engagieren und auch  
42 vermeintlich einfache nationale Wahrheiten zu hinterfragen. Wir erreichen eine  
43 aktive Zivilgesellschaft im ländlichen Raum, wenn wir bei jeder Gelegenheit den  
44 Menschen in den Fokus unseres Handelns stellen und ihm das auch vermitteln.

## 45 **Rechtsstaatlichkeit**

46 Wir als SPD haben die Aufgabe, das Vertrauen in unsere Institutionen und  
47 Entscheidungsträger zu stärken. Dazu gehört Transparenz über positive und  
48 negative Folgen von Gesetzen und getroffenen Entscheidungen im Bund und den  
49 Ländern. Ehrlichkeit zahlt sich aus. Die Menschen wollen keine fehlerfreie  
50 Politik, sondern eine, die nah bei ihnen und im ständigen Austausch ist.

51 Gesetzliche Neuregelungen oder Änderungen haben ihre Auswirkungen immer vor Ort.  
52 Welche Auswirkungen – finanziell wie organisatorisch – auf die einzelnen  
53 Kommunen zukommen, lässt sich selten aus dem Gesetzestext oder der dazugehörigen

54 Bundesdrucksache lesen. Gesetzliche Neuregelungen oder Änderungen bedürfen  
55 deshalb eines Anhangs, in dem die Auswirkungen auf Kommunen dargestellt werden  
56 und so Planungssicherheit geboten wird.

## 57 **Förderung junger Strukturen**

58 Wir sehen es dabei als elementar an, Strukturen zur Betreuung und  
59 Freizeitgestaltung von Jugendlichen und Bildungsangebote zu erhalten, zu fördern  
60 und auszubauen. Der derzeitige Mangel wird gezielt von rechten Gruppierungen  
61 ausgenutzt, um eigene Jugend-Strukturen aufzubauen. Sie bieten dort Halt, wo in  
62 Dörfern sonst Perspektivlosigkeit droht.

63 Durch Abwanderung junger Menschen in urbane Ballungsräume sinkt der Anteil  
64 Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung in ländlichen Regionen stetig. Das führt  
65 dazu, dass die Jugend immer weniger bei Entscheidungen der lokalen Politik  
66 berücksichtigt wird. Gemeinden werden unattraktiver für einen Zuzug von Familien  
67 mit Kindern und Jugendlichen oder für die Gründung einer Familie.

68 Die Förderung von bereits vorhandenen Vereinen und Angeboten darf deshalb nicht  
69 in Frage gestellt werden. Sonst wird der Weg für rechte Ideologien geebnet und  
70 die bereits beschriebene Rechtsstaatlichkeit – das Vertrauen in unsere  
71 Demokratie und unsere staatlichen Organisationen langfristig geschädigt.

72 Wir wollen, dass die Jugend lernt, sich differenziert mit gesellschaftlichen  
73 Fragestellungen auseinanderzusetzen. Dafür brauchen wir eine ländliche  
74 Jugendkultur, die finanziell abgesichert ist und innovative Konzepte umsetzt wie  
75 mobile Jugendzentren.

## **Begründung**

76 erfolgt mündlich